

Generationengerecht statt zukunftsblind – grün statt schwarz-rot

1. **Die Generationenbilanz der Großen Koalition ist fatal.** Ungeborenen und jungen Generationen wird ein schweres Erbe aufgebürdet. Union und SPD haben langfristige Politikansätze verbannt und mit faulen Regierungskompromissen die Bedürfnisse künftiger Generationen mit Füßen getreten. Verantwortung und Fairness gegenüber allen Generationen und politische Weitsicht sehen definitiv anders aus.

Wir stellen schon heute die Zukunftsfragen: Was kommt nach der Wirtschafts- und Finanzkrise? Wer muss in den nächsten Jahren die Zeche zahlen für die Folgen der Krisen? Auf wessen Kosten geht die derzeitige Politik? Wer trägt die Lasten der Klimakrise? Wer bekäme die Rechnung für weitere Steuersenkungen präsentiert? Schnell wird klar: Zurzeit werden alle Lasten auf die Zukunft geschoben, alle anderen Parteien handeln nach dem Motto „nach uns die Sintflut“. **Nur die Grünen sind Garanten für Generationengerechtigkeit – auch und gerade zu Krisenzeiten. Zukunftsverantwortung ist grün.**

Dagegen gehen viele großkoalitionäre Maßnahmen und Versäumnisse zulasten der jungen und ungeborenen Generationen: Die beispiellose Rekordneuverschuldung, das Vertagen von Klimaschutz auf den St.-Nimmerleinstag, wachsende Bildungsungerechtigkeiten, die unredliche Rentengarantie, der Bedeutungsverlust von Jugendpolitik und das Ignorieren des demografischen Wandels sind nur einige **Beispiele für generationenfeindliche Politik.** Wer jetzt wie schwarz-gelb im Wahlkampf Haushaltskonsolidierung, höhere Bildungsausgaben und zugleich **Steuersenkungen** verspricht, bereitet eine **dreiste Wahllüge oder krasse Sozialkürzungen** vor. Generationengerecht handelt er jedenfalls nicht.

2. **Hierzulande klafft die größte Gerechtigkeitslücke zwischen Arm und Reich.** Anstatt Armut zu bekämpfen, ist die Schere unter Schwarz-rot weiter auseinander gegangen. Wirksame Maßnahmen zur Armutsbekämpfung wurden nicht ergriffen, sondern verhindert – wie Mindestlöhne für alle, höhere ALG II-Regelsätze, ein gerechteres Steuersystem, eine neue Bildungsexpansion per grünem Bildungssoli und eine Kindergrundsicherung. Eine Bekämpfung der skandalösen Kinderarmut und Bildungsmisere hätte ebenso wie eine stärkere Besteuerung hoher Privatvermögen nicht nur mehr soziale Gerechtigkeit, sondern auch mehr Generationengerechtigkeit geschaffen. Diese eklatanten Gerechtigkeitslücken lassen wir schwarz-rot nicht durchgehen.
3. **Die Politik der Großen Koalition vertieft zugleich Ungerechtigkeiten zwischen alten und jungen sowie lebenden und ungeborenen Generationen.** Dies darf nicht länger verschleiert oder unter den Tisch gekehrt werden. Die miserable Generationenbilanz zeigt sich an den folgenden Blitzlichter:

- **(1) Dramatische Neuverschuldung und unkalkulierbare Haushaltsrisiken:**

Die Staatsverschuldung hat unter Schwarz-rot ein bedrohliches Ausmaß erreicht: Bankenbürgschaften, Unternehmensrettungsschirme und ziellose Konjunkturpakete werden zu haushalts- und finanzpolitischen Verwerfungen führen. In den nächsten vier Jahren wollen Merkel und Steinmeier offiziell 310 Mrd. EUR neue Schulden aufnehmen. Die Spitze des Schuldenbergs haben sie durch Schattenhaushalte und unkalkulierbare Haushaltsrisiken vernebelt: tatsächlich türmen sich über 430 Mrd. EUR neue Schulden auf – plus 15 Mrd. EUR Zinsen jährlich. In der ersten Hälfte der Legislatur wurde versäumt, mit den üppig sprudelnden Steuereinnahmen Haushaltskonsolidierung zu betreiben. **Mit einer so unvorstellbar hohen Neuverschuldung wird die Zukunft künftiger Generationen verzockt. Die Große Koalition muss Insolvenz anmelden.**

Natürlich erforderte die Finanz- und Wirtschaftskrise schnelles politisches Handeln, um mögliche Risiken und Schäden für die Gesellschaft kleinzuhalten. Die rot-schwarzen Konjunkturmaßnahmen sind jedoch ein zielloses, teures, größtenteils unwirksames Sammelsurium, das sich nicht auf zukunftsorientierte Investitionen konzentriert.

Neue Schulden sind nur dann verantwortbar, wenn sie die Grundlage dafür legen, dass künftige Generationen Zukunftschancen und -perspektiven gewinnen. Mehrausgaben „auf Pump“ für Bildung und Klimaschutz sind Beispiele dafür, dass sich Investitionen mittel- und langfristig auszahlen können. Doch auch hier wandert die Große Koalition auf falschen Pfaden:

Während unsere Schulen und Hochschulen in einem miserablen Zustand sind, verschleudert die Koalition das Geld für Autobahnen und Abwrackprämien. Allein mit der ökonomisch und ökologisch irrwitzigen Abwrackprämie landen 5 Mrd. EUR auf den Schrottplätzen der Republik. Zum Vergleich: Für den Ausbau der Kinderbetreuung (2,5 Mrd. EUR) musste dagegen jahrelang gekämpft werden – zu teuer hieß es. Und unser Bildungssystem ist im OECD-Vergleich jährlich um rund 20 Mrd. EUR eklatant unterfinanziert – gemessen am Durchschnitt, nicht etwa an der Spitzengruppe.

Die Generationenbilanz von schwarz-rot ist deshalb ein Desaster. Die Hauptlast des Schuldenrekords werden die Geburtsjahrgänge 1980 bis 2000 zu tragen haben. **Die Freiheit jeder Generation ist durch die Verantwortung für künftige Generationen begrenzt** – grenzenlose Verschuldung verbietet sich daher genauso wie Spardiktate, die Zukunftsinvestitionen abwürgen. Angesichts der katastrophalen Finanzlage ist es vorprogrammiert, dass die nächste Wahlperiode von nie dagewesenen Verteilungskonflikten geprägt sein wird. Ob vor diesem Hintergrund zugunsten von höheren Investitionen in Bildung, Klima und Gerechtigkeit entschieden wird, hängt von starken Grünen ab.

- **(2) Wirtschaftskrise verdrängt Umwelt- und Klimakatastrophe:**

Die simple Wahrheit, wonach wir die Welt von unseren Kindern nur geborgt haben, wurde von Union und SPD ignoriert – grüne Rhetorik, aber graue Regierungspraxis. Wer die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen nicht durch Klimakatastrophe und Artensterben aufs Spiel setzen will, muss ernst machen mit der Energiewende, mit Naturschutz, mit einer Ökologisierung von Industrie und Landwirtschaft.

Wir sind es kommenden Generationen schuldig, die Klimaerhitzung auf das Maß von 2 Grad Celsius zu reduzieren. Hier ist die Bilanz von rot-schwarz verheerend. Auf Europäischer Ebene hat die Pseudo-Klimakanzlerin für großzügige Ausnahmen vom Emissionshandel für energieintensive Unternehmen gesorgt. Mit der Förderung neuer Kohlekraftwerke wurde die Energieerzeugung von gestern zementiert statt in Erneuerbare investiert. Es fehlen ein Energieeffizienzgesetz und strenge Verbrauchsobergrenzen für Autos. Die Zeche für die schwarz-roten Geschenke an die Energie- und Autolobby zahlen die Generationen von Morgen, die der Klimawandel und dessen Kosten besonders hart treffen werden. **Generationengerechtigkeit braucht nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen statt folgenlose Öko-Rhetorik. Ein überhitzter Globus verträgt kein Einknicken von Union, SPD, FDP und Linken vor den Energiemultis, Autokonzernen und Wirtschaftsverbänden.**

Wer wie die Union will, dass Energiekonzerne weiter Millionen mit abgeschriebenen Atommeilern scheffeln und die Kosten und Risiken des Atommülls nachfolgenden Generationen aufbürdet, handelt zutiefst ungerecht. Auf die Frage, wo der strahlende Müll gelagert werden soll, hat die Große Koalition keine Antworten gesucht. Die konservativ-neoliberale Ideologie pro Atomkraft ist fortschrittsfeindlich, hochriskant und eine Kampfansage an künftige Generationen. **Der Atomausstieg und die Lösung der Endlagerfrage sind Fragen von Generationengerechtigkeit.**

Zur Generationengerechtigkeit gehört auch, dass noch unsere Enkel seltene Tiere außerhalb des Naturkundemuseums sehen und auf den gleichen Schatz an biologischer Vielfalt zurückgreifen können

wie wir es heute tun. Die Große Koalition hat Standards im Naturschutz abgeschwächt. Zugleich ist das Umweltgesetzbuch gescheitert. Trotz Lippenbekenntnissen auf internationalen Konferenzen schreiten Artensterben und Flächenverbrauch ungebremst voran. Ein bundesweiter Biotopverbund, die Reduzierung des Flächenverbrauchs und naturnahe Land- und Forstwirtschaft sind notwendig, um die natürlichen Lebensgrundlagen kommender Generationen zu erhalten. Gentechnik auf dem Acker ist ein Großexperiment mit unseren Nahrungsmitteln, das sich nie wieder zurückdrehen lässt. **Wir brauchen einen grundlegenden Umbau unserer Industrien. Wachstum und Beschäftigung wird es in Zukunft nur noch geben, wenn es nicht auf Kosten unserer Lebensgrundlagen ausgetragen wird. Die Jobs der Zukunft sind grün.** Hier hat die Große Koalition vier Jahre verschlafen.

- **(3) Neue Bildungsbarrieren statt bundesweiter Bildungsaufbruch:**

Bildung gehört in den Mittelpunkt einer modernen Gerechtigkeitspolitik: **Ohne einen gesamtstaatlichen Bildungsaufbruch und deutlich höhere Bildungsinvestitionen ist eine wirklich generationen- und chancengerechte Politik undenkbar.** Denn: "Gute Bildung für alle" ist *die* Investition in die Zukunft. Wer heute nicht in bessere Bildung investiert, guckt morgen in die Röhre. Unser Bildungssystem ist ungerecht, demotivierend und chronisch unterfinanziert.

Noch immer wird zu wenig oder das Falsche getan: Schwarz-Rot hat zwar die Bildungsrepublik ausgerufen, mit den Föderalismusreformen aber neue Barrieren errichtet. Es ist unverantwortlich, dass der Bund im zentralen Zukunftsfeld Bildung nur in Fällen einer außerordentlichen Notlage handeln darf. Ganztagschulausbau nur bei Naturkatastrophen? Das sind Geschichten aus Absurdistan!

Bildung entscheidet über Teilhabe, sozialen Zusammenhalt, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Deswegen darf unser Bildungssystem nicht länger Spitzenreiter in sozialer Auslese bleiben, sondern muss individuelle Förderung, gleiche Chancen und Aufstieg für alle garantieren. Daher braucht es von der Kita bis zur Weiterbildung bessere Strukturen, mehr Qualität und höhere Investitionen als heute.

Gerade in Zeiten der Krise brauchen wir mehr Geld für gute Bildung. Wie sonst sollen künftige Generationen den Schuldenberg jemals wieder abtragen? Doch die Große Koalition hat den Zusammenhang von nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung und Bildung nicht begriffen. Wären Schulen und Universitäten eine Bank, wären sie längst viel besser ausgestattet. Zur Bankenrettung und für die Abwrackprämie nehmen Schwarz-rot Rekordschulden und gewaltige Haushaltsrisiken in Kauf. Die junge Generation braucht aber keine Abwrackprämie, sondern Perspektiven und einen Kraftakt für das Bildungs- und Hochschulsystem. Wer heute zu wenige Ausbildungs- und Studienplätze schafft, produziert den Fachkräfte- und Akademikermangel von morgen.

Das Ziel von jährlich 7% des Bruttoinlandproduktes für Bildung müssen wir zügig erreichen. Mit dem grünen Bildungssoli wollen wir mehr Geld investieren. Demografiegewinne müssen im System verbleiben – nur das ist generationengerecht. Daneben muss der Investitionsbegriff modernisiert werden: Investitionen in Köpfe dürfen nicht mehr schlechter gestellt sein als Investitionen in Beton. Die schwarz-rote Schuldenbremse droht sonst zur Bildungsbremse für die Länder zu werden.

- **(4) Die „Rentengarantie“ demontiert den bisherigen Generationenkompromiss:**

Die Große Koalition hinterlässt den Jüngeren nicht nur den höchsten Schuldenberg seit 60 Jahren, sondern bürdet ihr mit der „Rentengarantie“ eine teure Hypothek auf. Die außerplanmäßige Rentenerhöhung und die Aussetzung der Rentenformel sind eine **Umverteilung zugunsten der heutigen Rentergeneration und ein Wahlgeschenk zulasten künftiger Generationen.**

Ein Karikaturist spitzte es so zu: „Was ist eine Rentengarantie, Papa?“ Antwort an den Sohn: „Das heißt, du bekommst garantiert keine Rente mehr“.

Die Große Koalition legt mit ihrer „Rentengarantie“ aus wahltaktischen Gründen die Axt an den Generationenkompromiss in der Rentenversicherung. Demnach werden die Bezüge der mehr als 20 Mio. Rentnerinnen und Rentner künftig auch dann nicht gekürzt, wenn die Löhne sinken. Die Logik, wonach die Rentenhöhe an die Lohnhöhe gekoppelt ist, setzt Scholz & Co außer Kraft. Der demografisch notwendige Rentenkompromiss, wonach die Jungen länger arbeiten, höhere Beiträge zahlen und weniger gesetzliche Rente bekommen und die Älteren sich umgekehrt mit kleineren Rentenerhöhungen zufrieden geben, wurde aufgelöst. Die Jüngeren werden wegen der Rentengarantie durch weiter steigende Rentenversicherungsbeiträge belastet – also diejenigen, die von der Wirtschaftskrise besonders betroffen sind, die zunehmend in prekären Beschäftigungsverhältnissen landen oder befürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. **Damit wird das Vertrauen der Jungen ins Rentensystem weiter geschwächt.**

Die gesetzliche Rente hat sich gerade jetzt in der Wirtschaftskrise bewährt. Und die Mehrheit der älteren Menschen ist heute hierzulande verglichen mit anderen OECD-Ländern in einer komfortablen Lage. Wer die gesetzliche Alterssicherung erhalten und Altersarmut heute und in Zukunft verhindern will, darf nicht die Augen vor der Realität verschließen: Bereits im kommenden Jahr steht die bisherige Generationenschichtung Kopf: 2010 wird die Zahl der unter 20-jährigen kleiner sein als die der über 65-jährigen Menschen.

Die Alterung und Schrumpfung unserer Gesellschaft macht auch unpopuläre Strukturreformen notwendig. Eine Rente mit 67 macht Sinn, wenn es für Ältere Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Zudem ist darauf zu achten, dass flexible Übergangsmöglichkeiten in den Ruhestand bestehen und vielfältige Erwerbsbiographien berücksichtigt werden. **Wir wollen eine grüne Garantierente, die vor Altersarmut schützt.** Eine Ausweitung der Altersteilzeit oder eine Rückkehr zur Frühverrentungspraxis der 90er, wie es die SPD will, ist dagegen nicht generationengerecht.

- **(5) Jugendpolitik verliert, Altenpolitik stagniert, Demografie ignoriert:**

Jugendliche sind die vergessene Generation dieser Bundesregierung. Ministerin von der Leyen ist in der Jugendpolitik unsichtbar, die 14- bis 21-Jährigen spielen bei ihr keine Rolle. Beispiele: Die skandalös hohe Jugendarmut wird von ihr ignoriert, die Regelsätze für Kinder und Jugendliche wurden selbst im Zuge der Konjunkturpakete nicht erhöht. Anstatt Jugend-Partizipation zu fördern und das Wahlalter in Zeiten demografischer Alterung herabzusetzen, haben sich die Teilhabechancen Jugendlicher auf breiter Front verschlechtert. **Wer aber einen Großteil der jungen Generation ausblendet, handelt zukunftsfeindlich.** Aber auch den Alten geht es nicht viel besser: unter schwarzrot stagnierte die Altenpolitik. Die gesellschaftliche Teilhabe Jugendlicher und Alter wurde also vernachlässigt – genauso wie das **Thema „demografischer Wandel“**. Eine Gesellschaft, die weniger, älter und vielfältiger wird, darf das Ziel der Generationengerechtigkeit nicht aufgeben, sondern muss es anpeilen. Wir sehen im Wandel unserer Bevölkerungsstruktur keinen Grund zur Resignation oder Panikmache, sondern Chancen zur aktiven politischen Gestaltung: Mit einer modernen Familienpolitik, mit Teilhabe aller an der Wissensgesellschaft und am Arbeitsmarkt, einer demografiefesten sozialen Sicherung und einer früheren politischen Beteiligung wollen wir die demografischen Folgen gestalten – statt abzuwarten oder zu jammern.

4. **Generationengerechtigkeit gehört wieder ganz oben auf die politische Agenda, sonst steigt das Risiko zukünftiger Generationen- und Verteilungskonflikte.** Beides – soziale Gerechtigkeit und Generationengerechtigkeit – in den Blick zu nehmen, ist Teil unseres grünen erweiterten Gerechtigkeitsbegriffs. Wir distanzieren uns daher einerseits von allen, die wie einige Wirtschafts- und FDP-Vertreter einen „**Krieg der Generationen**“ herbeireden oder unter dem Deckmantel der Generationengerechtigkeit den

schlanken Staat predigen, einseitig Sozialkürzungen oder die Privatisierung öffentlicher Leistungen genauso vorantreiben wollen wie ein Sparen bis es quietscht. Und andererseits distanzieren wir uns von allen, die wie die Linkspartei und manche SPD-Vertreter offenkundige Probleme unter den Teppich kehren, nach immer bedrohlicheren Schuldenbergen rufen, demografische Alterung als Erfindung abtun und Befürworter von Generationengerechtigkeit pauschal unter Neoliberalismus-Verdacht stellen. Beides ist verantwortungslos und treibt die Menschen in ideologische Schützengräben anstatt sie zu kreativen und (generationen)gerechten Lösungen zu motivieren.

5. **Es braucht jetzt eine neue Verständigung, was unsere Gesellschaft morgen zusammenhält, was Alt und Jung verbindet.** Teil unseres grünen neuen Generationenvertrages sind ein gutes Miteinander und starker Zusammenhalt zwischen den Generationen. Dieser Vertrag steht für eine Gesellschaft, in der Kinder und Jugendliche wertgeschätzt werden, in der Familien gut leben und alte Menschen mit ihren Erfahrungen teilhaben können. Dafür müssen die sozialen Sicherungssysteme so gestaltet werden, dass sich die Älteren darauf verlassen können und die Jüngeren nicht überfordert werden.
6. **Der grüne Generationenvertrag steht für eine Gesellschaft, die der nachfolgenden Generation noch Spielräume für Entscheidungen lässt und nicht auf Kosten künftiger Generationen lebt.**
Dafür braucht es einen Kurswechsel in vielen Politikfeldern.

Deshalb wollen wir:

- im Grundgesetz das **Ziel Generationengerechtigkeit** verankern, wonach der Staat in seinem Handeln auch mit Blick auf künftige Generationen das Prinzip der Nachhaltigkeit zu wahren hat. Das neue Staatsziel ist Signal und Verpflichtung für generationenübergreifende Solidarität.
- einen konsequenten **Klimaschutz**, der die Härte und die Folgen der globalen Klimakatastrophe begrenzt und der mit tiefgreifenden Maßnahmen ökologisch und ökonomisch nachhaltig umsteuert;
- eine **Umweltpolitik**, die das Artensterben stoppt und die natürlichen Lebensgrundlagen erhält;
- eine **gerechte Steuerpolitik**, die den Staat handlungsfähig erhält und notwendige Investitionen möglich macht;
- eine intelligente **Schuldenbremse** zum wirksamen und sofortigen Schuldenabbau in unserer Verfassung, die Zukunftsinvestitionen wie Bildungsausgaben nicht behindert;
- durch eine **grüne Garantierente** Altersarmut vorbeugen, den vielfältigen Erwerbsbiografien im Rentensystem besser Rechnung tragen, die großkoalitionäre „Rentengarantie“ aufgeben, die eigenständige Alterssicherung von Frauen weiter ausbauen;
- einen **bundesweiten Bildungsaufbruch** für bessere Strukturen, mehr Qualität und höhere Investitionen wie den Bildungssoli, damit alle Kinder und Jugendlichen gleiche Startchancen haben;
- fernab von „Jugendwahn“ und „Altersdiskriminierung“ den **Berufseinstieg** junger Menschen durch breite Zugänge in nicht-prekäre Beschäftigung ermöglichen und die Jobchancen Älterer verbessern;
- das aktive **Wahlalter auf 16 Jahre absenken**, um Jugendlichen im demografischen Wandel eine bessere und frühere demokratische Teilhabe zu ermöglichen;
- den **demografischen Wandel** aktiv gestalten und ihn als Chance zur Erneuerung des Generationenvertrages begreifen anstatt in Zukunftspessimismus und Schwarzmalerei zu verfallen.